

## PRESSEMITTEILUNG

11/2025

Telefon 0681/66830-0  
Fax 0681/6683017  
info@gew-saarland.de

19.11.2025

### BILDUNGSGEWERKSCHAFTEN AUS DREI LÄNDERN FORDERN HÖHERE INVESTITIONEN IN BILDUNG ANLÄSSLICH DES INTERNATIONALEN TAGES DER KINDERRECHTE AM 20.11.2025

**Saarbrücken** – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Saarland, mahnt anlässlich des Internationalen Tages der Kinderrechte mehr Investitionen im Bildungsbereich an. In diesem Jahr hat die GEW Saarland dazu eine gemeinsame Erklärung mit Bildungsgewerkschaften aus dem Département Moselle und Luxemburg verfasst, um die Umsetzung der Inklusion und die damit verbundenen Herausforderungen in der Mitte Europas zu betonen.

Für das Saarland stellt der GEW-Landesvorsitzende Max Hewer fest: „Wachsende Schülerzahlen und Herausforderungen im sprachlichen und sozial-emotionalen Bereich auf der einen Seite stehen einem Personalmangel auf der anderen Seite entgegen. Hier braucht es Investitionen in Stellen und Personalentwicklung. Wir erkennen an, dass auch im aktuellen Haushaltsentwurf die Planstellen steigen, diese jedoch gerade im Bereich der Gemeinschaftsschulen und Beruflichen Schulen am geringsten ausfallen. Hier muss dringend nachgesteuert werden.“

Mehr Stellen im Bereich der Inklusion und Förderschulen gehen auch auf die steigenden Schülerzahlen in diesem Bereich zurück. Jedoch ist fraglich, ob diese Stellen mit ausgebildeten Lehrkräften besetzt werden können. „Während Rheinland-Pfalz nun mit Koblenz einen weiteren Standort zur universitären Ausbildung von Lehrkräften für Inklusion und Förderschulen vorangeht, treten wir im Saarland in diesem Bereich weiter auf der Stelle“, so Max Hewer.

Die Bildungsgewerkschaften aus Frankreich und Luxemburg stehen zu diesen Entwicklungen in stetigen Austausch und ziehen für ihre Ländern eine gleiche Analyse, die sie in folgender Erklärung verfassen:

Gemeinsame Erklärung der Bildungsorganisationen SEW-OGBL,  
Ligue de l'Enseignement, FSU und GEW Saarland

Wir, die Bildungsorganisationen der Region Saar-Lor-Lux, fordern die politischen Entscheidungsträger in unseren Ländern auf, die großen Herausforderungen in unseren Bildungssystemen anzugehen.

Grundlegend hierfür ist die Umsetzung der Inklusion. Die europäischen Länder haben mit dem Unterschreiben der entsprechenden UN-Behindertenrechtskonvention bereits 2008 den Weg der Inklusion eingeschlagen. Doch Inklusion heißt nicht, alle Kinder gleich zu behandeln – sondern jedem Kind gerecht zu werden. Deshalb ist es zunächst entscheidend, zu klären, was unter Inklusion überhaupt verstanden wird.

Inklusion ist ein Menschenrecht, und darf nicht als Zusatzangebot verstanden werden. Kinder haben zwar unterschiedliche Bedürfnisse, aber gleiche Rechte - und das sowohl in der Schule als auch in ihrer Freizeit.

Leider müssen wir feststellen, dass die Inklusion in Frankreich, Deutschland und Luxemburg bislang nicht zufriedenstellend umgesetzt wird. Ein wesentlicher Grund dafür sind die oft unzureichenden Rahmenbedingungen. Dies führt zu einer Überforderung von Lehrkräften, Betreuer:innen, und Familien. Schüler:innen leiden oft mehr unter der aktuellen Inklusionspolitik als sie daraus Gewinn ziehen. Anstatt dass die Probleme auf struktureller Ebene benannt und gelöst werden, wird die Verantwortung und Umsetzung auf die Beschäftigten im Bildungsbereich abgewälzt.

Diese versuchen den unterschiedlichen Bedürfnissen der Kinder tagtäglich gerecht zu werden, scheitern jedoch häufig an einem eklatanten Personalmangel und unzureichender struktureller und politischer Unterstützung. Die mangelhafte Umsetzung der Inklusion belastet das Personal nicht nur psychisch stark, sondern führt auch zu einer spürbaren Verschlechterung der Lern- und Arbeitsbedingungen.

Familien fühlen sich um ihr Recht auf Inklusion betrogen, da sie immer wieder auf scheinbar unüberwindbare Hürden stoßen. Kinder ihrerseits erleben Frustration statt Förderung. So entsteht ein Teufelskreis, der sich zunehmend negativ auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt auswirkt.

In einer zunehmend gespaltenen und polarisierten Gesellschaft, beraubt die mangelhafte Umsetzung der Inklusion die Kinder nicht nur eines grundlegenden Menschenrechtes, sondern stellt das Prinzip selbst der Inklusion infrage. Wir können beobachten wie menschenfeindliche, konservative oder rechtsextreme Tendenzen gesellschaftliche Errungenschaften wie LGBTQ+-Rechte gefährden. Ein ähnlicher Rückschritt droht bei der Inklusion. Wir alle wünschen uns für die Kinder und Schüler:innen die wir empfangen, dass sie sich in ihren sozialen Beziehungen wohlfühlen, Selbstvertrauen haben, mit ihren Emotionen umgehen können, Empathie und Selbstständigkeit zeigen ... und so zu einem friedlichen Schulklima und zur Gewaltprävention beitragen.

Wenn Inklusion in der Praxis scheitert, wird das Prinzip selbst in Frage gestellt. Politische Lippenbekenntnisse können nicht über die Realität hinwegtäuschen. Sie untergraben vielmehr die gesellschaftliche Akzeptanz von Inklusion und gefährden letztlich das Grundrecht auf Teilhabe am sozialen Leben.

Unsere Regierungen müssen endlich Verantwortung übernehmen und der Umsetzung der Inklusion die entsprechenden Mittel zukommen lassen und so gestalten, dass sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Wenn es der Politik mit Inklusion wirklich ernst ist, müssen die dafür notwendigen Ressourcen auch bereitgestellt werden.

Wir fordern:

- Ausreichend und qualifiziertes Personal
- Ausbau von Multiprofessionelle Teams
- Fort- und Weiterbildungen für das pädagogische Personal
- Zeit, Raum und nötige Ausstattung für inklusive pädagogische Arbeit
- Inklusive und barrierefrei zugängliche Freizeitangebote
- Verbesserung der Bildungsbedingungen für Lernende und Lehrende
- Förderung eines positiven und respektvollen Schulklimas, gerade im Hinblick aufzunehmende Gewalt
- Eine inklusive Praxis, die allen Kindern zugutekommt

Der Fokus muss hin zu gemeinsamer Bildung und sozialer Teilhabe. Um das gesellschaftliche Bewusstsein dafür zu schärfen braucht es eine verlässliche langfristige Finanzierung und echten politischen Willen. Halbherzige Bekenntnisse reichen nicht aus – jetzt ist entschlossenes Handeln gefragt! ■